

26.04.2019

**Antrag der SPD-Fraktion zur Sitzung des Rates
am 06. Mai 2019**

Einführung einer Impfpflicht

Der Rat der Stadt Duisburg möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, zu prüfen, ob die Einführung einer kommunalen Impfpflicht für alle Duisburger Kinder möglich ist.

Sollte eine kommunale Impfpflicht nicht möglich sein, wird der Oberbürgermeister gebeten, sich auf Bundes- und Landesebene für eine einheitliche Regelung zur Impfpflicht einzusetzen.

Begründung:

Die Zahl der Masernerkrankten in Duisburg war in den letzten Jahren im deutschlandweiten Vergleich sehr hoch. Bei Masern handelt es sich um eine Virusinfektion mit teilweise schwerwiegenden, oft erst nach Jahren der Erkrankung auftretenden Folgen. Durch eine konsequente Durchführung von Impfungen ist ein Rückgang der Zahl der Masererkrankungen zu erwarten. Eine Impfpflicht sollte sich aber nicht nur auf Masernimpfungen beschränken. Ziel muss es sein, die Impfquote auch bei anderen hochansteckenden Krankheiten zu verbessern. Bisherige Beratungsangebote und Vorsorgeuntersuchungen an Duisburger Grundschulen reichen aus Sicht der SPD-Fraktion nicht aus, um alle Kinder in Duisburg ausreichend zu schützen. Deshalb plädieren wir für die Einführung einer Impfpflicht. Es sollte ein Nachweis über eine vollständige Impfung erbracht werden, bevor ein Kind in einer staatlich finanzierten Betreuungseinrichtung aufgenommen wird. So können auch Kinder besser geschützt werden, bei denen eine Impfung aus medizinischen Gründen nachweislich nicht möglich ist. In erster Instanz ist zu prüfen, ob die Einführung einer kommunalen Impfpflicht möglich ist. Sollte dies auf kommunaler Ebene nicht möglich sein, ist eine entsprechende einheitliche Regelung auf Landes- oder Bundesebene anzustreben.

